

Verteidigung im tiefen Frieden

Es herrscht Krieg an den Rändern Europas: In der Ukraine, im Nahen Osten, in Nordafrika. In der Schweiz sind davon höchstens Folgeerscheinungen in Form von Migrationsströmen oder scharf bewachten Friedenskonferenzen spürbar. Die Schweizer Bevölkerung fürchtet sich mehr vor Cyber-Attacken als vor militärischer Gewalt. Argumente für die klassische Verteidigungsfähigkeit der Armee haben es schwer. Die Schweiz bedarf einer ehrlichen Debatte über gefährliche Lageentwicklungsmöglichkeiten.

Georg Häslar Sansano

Am Sonntag, 6. Juli 2014 meldet die Neue Zürcher Zeitung auf der Basis von Agenturmeldungen: «In der Ostukraine haben die prorussischen Aufständischen die strategisch wichtige Stadt Slawjansk verlassen. Das sagte Bürgermeister Wladimir Pawlenko gemäss der Agentur Interfax. Demnach habe es intensive Luftangriffe und Artilleriefire der ukrainischen Armee gegeben. Die Separatisten bestätigten den Abzug.» Schon zuvor wurden in den sozialen Medien Spekulationen über den Einsatz von BM-21 Grad «against the civilians» kolportiert und als Teil der Kriegsführung eingesetzt. Kommentatoren werten den Rückzug der prorussischen Kräfte aus Slawjansk als Wendepunkt in der Auseinandersetzung in der Ost-Ukraine.

Die Eskalation der Gewalt in der Ukraine, der Einsatz von Panzern und Artillerie, war noch vor Jahresfrist nicht abzusehen. Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung beurteilte den Konflikt zwischen der Ukraine und Russland in seinem Konfliktbarometer 2013 noch eher zurückhaltend: «The conflict over territory, international power and resources between Russia and Ukraine escalated but remained non-violent.» Innerhalb weniger Monate steigerte sich die Situation in eine handfeste Auseinandersetzung zwischen NATO und Russland, das Gespenst des Kalten Krieges geht um, die Schweizer OSZE-Präsidentschaft ist unerwartet gefordert.

Wir stellen fest, dass sich erstens die Vorwarnzeit für Krisen und Kriege dramatisch verkürzt hat und zweitens zur Durchsetzung von Interessen sofort auch Mittel der klassischen Verteidigung eingesetzt werden – auch in begrenzten Kriegen oder hybriden Konfliktformen. Darauf verweisen der Sommerkrieg 2008 in Georgien, der Machtwechsel in Libyen 2012 oder

die Operation Serval der französischen Armee im Norden Malis gegen islamistische Gruppen 2013. In einem Interview mit der NZZ am 28. Mai 2014 weist der Befehlshaber des Allied Joint Force Command Brunssum, der deutsche General Hans-Lothar Domröse, darauf hin, dass die NATO das Zusammenspiel der Ba-



BM-21 Grad, veröffentlicht im Mai 2014 auf «allvoice» (umstrittene Plattform für «citizen journalism» aus San Francisco), als Beleg für den Einsatz von Artillerie in der Ostukraine.

taillone im Kampf der verbundenen Waffen vernachlässigt habe: «Wir haben den Aufbau der russischen Streitkräfte unterschätzt.» Allerdings könne über die strategischen Absichten Russlands nur spekuliert werden: «Ich gehe nicht davon aus, dass Russland die NATO angreifen wird. Denn die nukleare Abschreckung funktioniert nach wie vor.» (Vgl. ASMZ 07/2014)

Neue Lage in Europa

Wesentlicher Bestandteil der (west-) europäischen Sicherheitspolitik bleibt die Kooperation und das Vertrauen auf supranationale Organisationen wie NATO und EU. Die einzelnen Staaten setzen in ihrer Verteidigungsfähigkeit auf den Verbund – auch bei der Beschaffung von Rüstungsgütern. Domröse: «Ich gehe davon aus,

dass die Staats- und Regierungschefs am NATO-Gipfel in Wales am 5. September Fragen der militärischen Modernisierung diskutieren und entsprechende Beschlüsse fassen werden, beispielsweise in der gemeinsamen Beschaffung von Rüstungsgütern.» Die Schweizer Bevölkerung hat an der Urne mehrfach bestätigt, einen unabhängigen, souveränen Weg gehen zu wollen.

Die sicherheitspolitische Debatte in der Schweiz verläuft allerdings gegenwärtig vor allem entlang numerischer Grössen: Politik und Verwaltung diskutieren die Höhe des Kostendachs und den Sollbestands als Parameter für die Leistungsfähigkeit der Armee, meistens mit Verweis auf die Grundaufträge gemäss Bundesverfassung (Verteidigung, Unterstützung ziviler Behörden, Friedensförderung). Es herrscht weitgehender Konsens, den Bereich Verteidigung auf den blossen Systemerhalt zu reduzieren. Denn der Kampf der verbundenen Waffe ist kosten- und truppenintensiv, komplex zu üben – und in den nächsten Jahren wenig wahrscheinlich.

In einer Gesellschaft, die nach absoluter Sicherheit strebt, ob im öffentlichen Verkehr, der Energiegewinnung oder auch im privaten Raum, mutet es paradox an, dass ausgerechnet im sicherheitspolitischen Diskurs die gefährlichsten Lageentwicklungsmöglichkeiten weitgehend ausgeklammert werden. Es geht dabei nicht um die Panzerschlacht in der Pleine d'Orbe oder den verhinderten Stoss eines modernen Gegners aus der Kollikersenke in den Raum Rothrist, sondern um die Auseinandersetzung mit Szenarien auf der Basis der aktuellen Konflikt- und Friedensforschung bzw. des Aktionsplanungsprozesses gemäss einschlägiger Reglemente der Schweizer Armee. Es mag banal klingen: Entschluss und Planentwicklung basieren auf der gefährlichsten gegnerischen

Möglichkeit. Ob im taktischen Rahmen oder in der grundsätzlichen Ausrichtung der Armee.

Zeitgemässer Verteidigungsbegriff

Gefordert sind Modelle innerhalb der Matrix von Gefährlichkeit und Wahrscheinlichkeit – als konkrete, ehrliche Argumentationsgrundlage für Politik und Bevölkerung. Die Tendenz der Rückableitung möglicher Bedrohungen von Parametern, deren Grösse von der politischen Couleur des Betrachters bestimmt wird, wirkt unglaublich und führt zu einem scheinbar zufälligen Patchwork aus Systemerhalt und schwer begründbarer Schwergewichtsbildung.

Die Turngeräte im militärischen Alltag sind bekannt und gehen von grundlegenden Verwerfungen aus – je nach Eskalationsstufe sogar vom Zerfall der EU. Sie bleiben abstrakt und dienen vor allem der Aktionsplanung und -Führung. Die Modellakteure im Bereich Verteidigung sind aus den Mitteln moderner Armeen zusammengesetzt. Bereits auf tiefer taktischer Stufe stossen die Beübten auf die bekannten Fähigkeitslücken der AXXI (Panzerabwehr, Unterstützungsfuer auf Stufe Truppenkörper, ...). Der Kampf der verbundenen Waffen (insbesondere der Bereich Artillerie) wird bloss supponiert – und unter der Annahme konventioneller Operationstypen geführt. Verteidigung wird für das Gros der Offiziere zunehmend zum blossen Gedankenmodell.

Die Grundsätze der Verteidigung und insbesondere das Zusammenspiel aller nötigen Komponenten gelten aber auch für verhältnismässig geringe Eskalationsstufen von Konflikten. Aus der bereits angesprochenen Matrix von Gefährlichkeit und Wahrscheinlichkeit könnte ein weiter gefasster, zeitgemässer Begriff der Verteidigung abgeleitet werden, der sich in die Gegenwart von Bevölkerung und Angehörigen der Armee übersetzen liesse – z. B. entlang der Kaskade: gewaltlose Krisen, gewaltsame Krise, begrenzter Krieg und Krieg (Begrifflichkeit gemäss Heidelberger Insti-

tut für Internationale Konfliktforschung).

In den meisten Konflikten in und an den Rändern von Europa seit der Wende 1989 kamen Mittel der Verteidigung zum Einsatz. Ob bei der Belagerung Sarajevos in den neunziger Jahren, dem Libanonkrieg zwischen Israel und dem Hisbollah oder dem Einmarsch der KFOR (Kosovo Force der NATO) im Juni 1999. Selbst die militärischen Akteure auf der Krim scheinen Pressebildern zu Folge mit



Artilleriegeschütz während der Krim-Krise 2014.

gezogener Artillerie ausgerüstet gewesen sein. Es ging kaum um militärische Operationen von Brigaden und Divisionen, sondern um begrenzte Kriege, manchmal auch nur um gewaltsame Krisen. Auch zunächst asymmetrische Situationen (überlegener Akteur mit regulärer Armee gegen unterlegenen, anfänglich nicht als Armee organisierten Akteur) wurden schliesslich oft durch den Kampf der verbundenen Waffen entschieden, also das geordnete Zusammenspiel unterschiedlicher Waffensysteme. So wurden die kroatischen Territorialkräfte im Verlauf des Krieges zu einer Armee aufgerüstet, so dass sie im Sommer 1995 in der sogenannten Operation Oluja (Sturm) die serbischen Einheiten besiegen und vertreiben konnte. Auch der lybische Bürgerkrieg wendete sich schliesslich mit dem lagegerechten Einsatz von Unterstützungsfuer.

Mögliche Lagen als Diskussionsgrundlage

Die konkrete Benennung möglicher Konflikte und Lageentwicklungen, die für die Schweiz gefährlich und möglicherweise auf der Zeitachse wahrscheinlich werden, ist politisch heikel. Die Schweiz steht als erfolgreiches Land zwar im politischen Wettbewerb mit anderen

Staaten, ist aber in keiner Weise von seinen Nachbarn politisch bedroht. Möglicherweise geht es in der Auseinandersetzung mit möglichen Lageentwicklungsmöglichkeiten aber vor allem darum, auf der Grundlage der Erfahrungen seit 1989 Konfliktmodelle zu entwickeln. Zwischen dem reinen Einsatz zugunsten ziviler Behörden und dem Verteidigungseinsatz gegen einen modernen Gegner gibt es eine Vielzahl von Lagen, die allenfalls den massgeschneiderten Einsatz militärischer Gewalt erfordern. Möglich, aber nicht sehr wahrscheinlich – gefährlich, aber mit begrenzten Mitteln machbar. Die Armee ist nicht entweder Freund und Helfer der zivilen Behörden zu Land und zu Luft oder Massenheer zur Abwehr eines militärischen Angriffs, sondern muss sich auch auf Konfliktformen dazwischen ausrichten.

Anlässlich des Artillerierapports 2014 äusserte sich Br René Wellinger, Kdt LVb Pz/Art, zur Weiterentwicklung der Artillerie: Er gehe ganz von den hybriden Konfliktformen der letzten Jahre aus. Der Kampf finde vor allem im überbauten Gebiet statt. «Die Zeiten der Flächenfuer sind definitiv vorbei.» Der Hauptträger des Kampfes sei der abgesessene Pz Gren, der aber hochpräzises Unterstützungsfuer zur Verfügung haben müsse. Darin liege die Aufgabe der Artillerie der Zukunft. Woher dieses Feuer stamme, sei zweitrangig, allenfalls würden Minenwerfer wegen ihrer steilen Flugbahnen im überbauten Gebiet an Bedeutung gewinnen.

Diese Überlegungen machen deutlich, dass es auch im Bereich Verteidigung Raum für eine offene Debatte um die richtigen Mittel gibt. Immer auf der Basis möglicher Lagen, die nicht zwingend mit einer epochalen Verwerfung begründet werden müssen. Wie in allen Politikbereichen sind die Massnahmen mit den vorhandenen Risiken zu begründen. Möglicherweise ein Ansatz, den Systemerhalt der Verteidigungskomponente inklusive Unterstützungsfuer frei von Polemik zu diskutieren und auch auf politischer Stufe Argumenten zugänglich zu machen. ■



Major
Georg Häsler Sansano
Kdt Stv Art Abt 10
Fernsehjournalist SRF
3006 Bern